

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/159

Bonn, den 6. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite: | | Zeilen: |
|--------|--|---------|
| 1 | Brüssel ... ----- "Kein Zusammenbruch - Keine Sackgasse" | 41 |
| 2 | Kartoffeln - Kartoffeln ----- Die permanente Unfähigkeit der "DDR"-Führung | 46 |
| 3 u. 4 | Pankow als "Vorreiter" in Lateinamerika ----- Auf den Spuren von Chruschtschows Schwiegersohn Von Eberhard Zachmann, Berlin | 72 |
| 5 u. 6 | Hessen gibt ein Beispiel ----- Bundesland Hessen und der Europäische Kongreß für Freizeitfragen Von Kurt Kuhmünch | 96 |

***** ZUR BEACHTUNG *****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe
vom 7. August 1962 eine vergleichende Analyse von
Botschafter Adlai E. Stevenson,
USA-Chefdelegierter bei der UNO,
unter dem Titel:
Der westliche Freiheitsbegriff und das Kolonialsystem
der Sowjets

Chefredakteur Günter Markscheffel

Brüssel ...

"Kein Zusammenbruch - keine Sackgasse"

sp - Die zähen und bis zur Erschöpfung der Delegationsmitglieder geführten Verhandlungen in Brüssel über den Beitritt Großbritanniens zur EWG sind nicht von dem Erfolg gekrönt gewesen, den wohl die meisten Europäer gewünscht haben. Der entscheidende Grund für das Nichtzustandekommen fester Vereinbarungen ist in den Schwierigkeiten zu suchen, die England ohne Zweifel mit seinen Commonwealth-Staaten hat, deren Agrarproduktion in den zu schaffenden großen Gemeinsamen Markt eingebaut werden muß. Es scheint jedoch, als könnten diese Schwierigkeiten überwunden werden, denn alle Beteiligten an den Brüsseler Verhandlungen waren sich darüber einig, daß nach der Oktober-Konferenz der Commonwealth-Staaten in London eine neue Situation zu erwarten sei. Henry Spak, Belgiens Außenminister, faßte das Ergebnis von Brüssel mit den Worten zusammen: "Kein Zusammenbruch - keine Sackgasse".

Natürlich wissen alle EWG-Partner, daß die Regierung Macmillan die Brüsseler Verhandlungen auch aus der Perspektive der kommenden Unterhauswahlen sieht. Macmillan fürchtet, ein allzu rasches Eingehen Großbritanniens auf die mit dem Beitritt zur EWG sich ergebenden Neuformierungen der britischen Gesamtwirtschaft könnte die Opposition gegen die Konservativen stärker werden lassen, wenn er nicht genug Zeit hat, eine großangelegte Aufklärungskampagne durchzuführen. Man steht also in Brüssel außer den bereits diskutierten wirtschaftlichen Problemen auch vor einem Problem der englischen Innenpolitik.

Hinzu kommt noch etwas anderes. Wenn Großbritannien der EWG beitrifft, bedeutet dies den Beginn einer grundlegenden Wandlung der seit Jahrhunderten von den meisten Engländern für richtig und selbstverständlich gehaltenen "Inseipolitik" Großbritanniens. Hier ergeben sich zahlreiche psychologische Hemmungen, die jenseits aller sachlichen Überlegungen liegen, und deren Beseitigung vielleicht noch schwieriger ist, als das Ausräumen von wirtschaftlichen Bedenken. Auch die britische Labourparty muß mit einem solchen Faktor rechnen.

Es ist verständlich, wenn in den europäischen Kontinentalstaaten jetzt eine gewisse Ungeduld gegenüber Großbritannien zum Ausdruck kommt. Das wirtschaftliche und politische Ziel der Erweiterung des Europa der Sechs auf Großbritannien und die Commonwealth-Staaten ist jedoch so bedeutsam, daß kein europäischer Staat versuchen sollte, die noch vorhandenen Hürden in der Manier von Rennpferden zu nehmen.

Schnell wäre in diesem Falle nicht unbedingt gleichbedeutend mit gut.

+ - +

Kartoffeln - Kartoffeln

Die permanente Unfähigkeit der "DDR"-Führung

sp - Pankow tönt jetzt lauthals, die Kartoffelversorgung in der "DDR" sei zusammengebrochen. Man hat auch gleich "Schuldige" dafür gefunden. Das sind erstens das schlechte Wetter, zweitens die nicht funktionierenden Kolchosen und drittens die Verteilerorganisation mit ihrer Bürokratie.

Alle drei angegebenen Gründe für die Ursachen des Zusammenbruchs der Kartoffelversorgung in der Sowjetzone sind nur zum Teil richtig, geben aber keinen Aufschluß über die permanente Unfähigkeit der "DDR"-Führung bei dem Versuch, nach eineinhalb Jahrzehnten Alleinherrschaft mit den praktischen Problemen der Wirtschaft fertig zu werden.

Das Wetter war und ist in diesem Sommer in Europa überall schlecht. Daß die Kolchosen nicht funktionieren, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Und daß die Verteilerorganisationen mit ihrer Bürokratie jetzt den "schwarzen Peter" zugeschoben bekommen, ist eine übliche Methode, deren man sich immer dann bedient, wenn man mit dem eigenen Latein am Ende ist. Es sollte uns nicht wundern, wenn Herr Ulbricht demnächst den Hausfrauen die "Schuld" dafür gibt, daß sie keine Kartoffeln bekommen. Er wird sicher behaupten, sie stünden nicht früh genug auf, um rechtzeitig bei der Kartoffelabgabe des Gemüsehändlers zur Stelle zu sein.

Aber all das Schimpfen Pankows auf das Wetter, die Kolchosen und die Bürokratie ist keine Erklärung für den Zusammenbruch der Kartoffelversorgung in einem Teil Deutschlands, der früher zu den größten Kartoffelproduzenten Europas gehörte. Der Grund liegt tiefer. Die SED-Führung begreift einfach nicht, daß man die Menschen eines modernen Industriestaates nicht zu einer normalen Tätigkeit in der Wirtschaft anregen kann, wenn man jede wirtschaftliche Maßnahme "ideologisch" zu begründen versucht.

Man hat in den letzten Jahren - auch in der Agrarwirtschaft - jede Maßnahme mit einem "ideologischen Aufklärungsfeldzug" verbunden, zur Popularisierung dieser oder jener Zielsetzung beamtete Theoretiker mit viel papierernen Plänen zwischen die Praktiker gestellt, und damit das gesamte natürliche Gefüge völlig durcheinander gebracht. Die Pervortierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens durch die Einführung der Zwangskolchosen aus "ideologischen" Gründen rief den natürlichen Widerwillen der produzierenden Fachleute hervor, die von einem gewissen Zeitpunkt an sogar gezwungen wurden, sich den Theoretikern und Ideologen unterzuerkennen.

Die Bevölkerung der "DDR" wird nicht erwarten können, daß Pankow solche Selbstverständlichkeiten zugibt. Man wird weiter nach "Schuldigen" suchen und nach Moskau berichten, daß "alle Pläne richtig" sind, aber die "Saboteure, Agenten und destruktiven Elemente aus dem Westen" alles durcheinander gebracht hätten.

+ + +

Pankow als "Vorreiter" in Lateinamerika

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die Sowjetzone lenkt seit einiger Zeit bei Bemühungen, ihre internationale Reputation aufzuwerten und auszuweiten die Aufmerksamkeit auch auf Lateinamerika. Es ist sicher kein Zufall, daß argentinische Jugendliche, die sich auf der Fahrt zum "Festival" in Helsinki befanden, bei einem Zwischenaufenthalt in Ostberlin zu einem Reiseabstecher in die Zone veranlaßt wurden und in Leipzig auch mit Ulbricht zusammentrafen, der ihnen die "DDR" als eine "Heimstätte nationaler und demokratischer Kräfte" pries.

Gewerkschaftsinfiltration

Pankows Blick richtet sich zur Zeit aber vor allem auf Brasilien, von der ständigen Intensivierung der Beziehungen zum Cuba Fidel Castros ganz abgesehen. In Brasilien erwartet Pankow für die nächste Zeit offensichtlich besondere politische Einflußmöglichkeiten, wobei man auf die wachsende Stärke der kommunistischen Positionen vor allem bei den Gewerkschaften und Studenten spekuliert. Die Entwicklung in Brasilien, die zum Beispiel dazu geführt hat, daß die größte Gewerkschaft, nämlich die der Industriearbeiter mit über 5 Millionen Mitgliedern, heute unter der Leitung kommunistischer Funktionäre steht, wird in der Sowjetunion genau verfolgt.

Alle Versuche demokratischer Kräfte in Brasilien, gegen die Gefahr einer kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften und der Studentenorganisationen anzugehen, werden selbstverständlich in der Pankower Presse als "reaktionäre Machenschaften" diffamiert. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß Ende Juli der FDJ-Zentralrat in Ostberlin dem "Nationalen Studentenverband" Brasiliens zu dessen 25. Jahrestag eine sehr werbend gehaltene Glückwunschsadresse sandte.

Industrierausstellung in Sao Paulo

Die Hauptstoßrichtung Pankows bei dem Versuch, künftig im größten Staat Lateinamerikas Boden zu gewinnen, ist jedoch auf den Handelssektor konzentriert. Obwohl die Sowjetzone erst 1958 den Außenhandel mit Brasilien aufgenommen hat und der Exportumsatz 1961 erst etwa 12 Millionen neue Rubel betrug, scheute Pankow keine Kosten, um in der Zeit zwischen dem 3. und 26. August in Sao Paulo eine Industrierausstellung aufzuziehen, auf der vor allem Erzeugnisse des Schwermaschinen- und des Landmaschinenbaus gezeigt werden.

In diesem Zusammenhang weisen sowjetzonale Zeitungen darauf hin, daß die in Brasilien zu erwartende "revolutionäre Entwicklung" die künftigen Kontaktmöglichkeiten zwischen der Sowjetzone und Brasilien beträchtlich verbessern könnte. Daß mit diesem Hinweis nicht nur eine Verbesserung und Ausweitung der Handelsbeziehungen, sondern auch politische Beziehungen gemeint sind, ist klar. Als ein besonderer

Köder für eine verstärkte Bereitschaft in Rio zur Intensivierung der Kontakte mit Ostberlin ist dabei die Behauptung gedacht, die kapitalistischen Staaten Westeuropas seien dabei in der zweiten Entwicklungsetappe der EWG den Handel mit Brasilien so weit zu ärsen, daß für Rio jährliche Handelsverluste zwischen 200 und 300 Millionen DM eintreten würden.

"Aufklärungsarbeit"

Das Angst- und Bangemachen hat schon immer zu den Methoden der Kommunisten gehört, wenn es darum ging, Einfluß zu gewinnen. Ohne Zweifel trifft Pankow zur Zeit auch Vorbereitungen, um Brasilien und andere lateinamerikanische Staaten für seine politische Propaganda zu gewinnen. Erst im Juli tagte das Präsidium der vor einiger Zeit gegründeten "Deutsch-Lateinamerikanischen Gesellschaft", auf der Präsident Prof. Schmidt erklärte, jetzt gelte es, eine wirksame Aufklärungsarbeit in Lateinamerika zu leisten. Es gehe darum, an Hand des "Nationalen Dokuments" die Wahrheit über die Situation in den beiden deutschen Staaten zu verbreiten.

Chruschtschows Schwiegersohn

sorgte für "Arbeitsteilung"

Die jetzt von der "DDR" in Lateinamerika entfaltete Aktivität ist von Chruschtschows Schwiegersohn Adschubei bereits 1958 "prophozeit" worden. Damals bereiste Adschubei die lateinamerikanischen Staaten und erklärte nach seiner Rückkehr in Moskau, die "sozialistische Revolution" in diesem Teil der Erde schreite "unaufhaltsam vorwärts". Mit Bedauern fügte er jedoch hinzu, es sei schade, daß die russischen Kommunisten "dort unten" wahrscheinlich nicht viel ausrichten könnten und daß man deshalb europäische Genossen, am besten deutsche, einsetzen müsse. Die Deutschen stünden in den lateinamerikanischen Staaten in großem Ansehen, besonders weil man sie als Techniker sehr schätze. - Wenn jetzt also die "DDR" in Lateinamerika aktiv wird, so dürfte dies wohl das Ergebnis einer von Chruschtschows Schwiegersohn angeregten "Arbeitsteilung" sein....

+ + +

Hessen gibt ein Beispiel

Von Kurt KuhnMünch

Das Experiment begann vor drei Jahren. Frère Mœard, der Leiter des größten Studentenheimes in Straßburg, Ritter der Ehrenlegion, begann mit der wohlwollenden Unterstützung des Europarates und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, den Europäischen Kongreß für Freizeitfragen ins Leben zu rufen. Die Russen, so hieß es damals, wären dabei, in ihrer Welt eine Institution zu gründen, die sich mit Freizeitfragen beschäftigen soll. Man müsse dem eine europäische Initiative entgegensetzen.

Mit Hilfe katholischer Freunde aus dem Elsaß wurde zunächst im kleineuropäischen Raum nach Pochleuten Ausschau gehalten, die sich mit Freizeitfragen beschäftigen. Katholische Einflüsse bestimmten den Geist der Zusammenkünfte. Es lag nahe, die Probleme allein unter dem Zeichen des Kreuzes zu sehen. Erst durch das Hinzutreten einiger hessischer Persönlichkeiten bildete sich ein "linker Flügel" im Kongreß.

Zum 1961er Kongreß, dem das Thema "Jugend und Freizeit" gestellt war, steuerte der hessische Innenminister Heinrich Schneider das Hauptreferat bei. Dem kürzlich zu Ende gegangenen dritten Kongreß, der ebenfalls im Europahaus stattfand, war das Thema "Freizeit und die Familie" gestellt. Es versammelten sich rund 200 Experten aus europäischen Ländern. Namhafte Referenten sprachen über das kostbarste Juwel unserer Tage, die Freizeit.

Dem Bürger muß sich die Frage aufdrängen, ob er nicht in Sorge kommen muß, wenn sich "Funktionäre" zusammensetzen, um sein Privatleben zu analysieren, darüber zu diskutieren und Empfehlungen auszuarbeiten. Die Frage ist nicht unberechtigt, ob ein solcher Kongreß überhaupt eine Berechtigung hat. Der Schreiber dieser Zeilen war bisher zu allen Zusammenkünften des Kongresses vom hessischen Innenminister als Vertreter abgeordnet. Das Land will damit insbesondere alle Anstrengungen zur Weiterentwicklung des Programms "Soziale Aufrüstung des Dorfes" und des hessischen Bürgerhaus-Programms aufgreifen.

Erforschung der Freizeitprobleme

Die mit hessischer Hilfe ausgearbeiteten Statuten sehen vor, daß die Straßburger internationale Vereinigung überparteilich und überkonfessionell ist. Ihr Ziel ist die Erforschung von Fragen der Freizeiterfüllung für Jugendliche und Erwachsene. Ihr Ziel ist aber auch der internationale Erfahrungsaustausch auf allen Gebieten der Freizeit, insbesondere der staatlichen und privaten Vorsorge. Die Erfahrungen sollen überstaatlichen europäischen Organisationen zur Auswertung mitgeteilt werden. Das ist ein weitgestecktes Ziel, das nur in systematischer Kleinarbeit erreicht werden kann. Bisher hat sich aber der Kongreß in Diskussionen erschöpft. Er fand ein verhältnismäßig geringes Echo in der Öffentlichkeit. Ein gutes Ergebnis liegt darin, daß jetzt in einigen Gebieten Frankreichs nach dem Beispiel hessischer Dorfgemeinschaftshäuser und Bürgerhäuser und kulturelle Einrichtungen geplant werden.

Freizeitfragen - ein europäisches Problem

Die Gestaltung und Erfüllung der Freizeit ist in allen europäischen Ländern zu einem Problem geworden, wenn es auch unterschiedliche Akzente und Erscheinungsformen zeigt sowie verschiedenartige Lösungen verlangt. Industrialisierung und Hochkonjunktur bestimmen die Ausnutzung der Freizeit der modernen Stadt und seine Gesellschaft geben dem einzelnen größere Möglichkeiten, seinen individuellen Neigungen nachzugehen und so zu leben, wie er es sich wünscht. Die ausreichende Freizeit in Freiheit ist ein Ziel, das die Menschen seit Jahrzehnten ringen

"Soziale Aufrüstung des Dorfes"

Der moderne Mensch braucht ein Mehr an Freizeit. Allein der Arbeitsrhythmus stellt wesentlich höhere Ansprüche an seine geistige und körperliche Leistungsfähigkeit als früher. Es kann und darf aber nicht die Aufgabe des demokratischen Staates sein, dem Menschen vorzuschreiben, was er mit seiner Freizeit zu tun hat. Der Staat und die Gesellschaft müssen allerdings helfen, daß die äußeren Voraussetzungen geschaffen werden, damit der einzelne seine Freizeit entsprechend seiner Neigung sinnvoll auszufüllen vermag. In Hessen bemüht sich die Landesregierung seit Jahren, den Gemeinden mit dem Programm "Soziale Aufrüstung des Dorfes", dem Bürgerhaus-Programm und dem Rot-Weißen-Programm zur Förderung des Sportstättenbaues alle Möglichkeiten zu bieten, soziale, kulturelle und sportliche Einrichtungen zu schaffen. Hessen nimmt in der internationalen Runde des Freizeitkongresses gerade wegen dieser Programme eine besondere Stellung ein und wird als vorbildlich bezeichnet.

Ein viel größeres Problem als die Schaffung von Freizeitätäten liegt in der geistigen Haltung des Menschen zur freien Zeit. Das beginnt schon mit der Ausnutzung der Mittagspause - 12 Millionen Bundesdeutsche essen in Kantinen oder Gasthäusern - sowie der Gestaltung des Feierabends, und findet seinen stärksten Ausdruck in der Ausnutzung des Wochenendes und dem Leben in den Urlaubstagen.

Das sind vier Freizeitbereiche, auf die sich mit großer Intensität gleichzeitigen Industrie, Vergnügungsbetriebe, aber auch Kirchen, Vereine und Verbände stürzen. Mit diesen Problemen muß aber der einzelne allein zurechtkommen. Die Überbeanspruchung der Kräfte im Beruf führt oft zur Gleichgültigkeit in der Freizeit. Die Folge ist, daß sich das Einzelgängerertum immer mehr verbreitet. Heute sind viele Familien kontaktgestört, und es nimmt nicht wunder, daß fast jede zehnte Familie mehr oder weniger gestört ist und drei von vier Familien sich durch irgendwelche Harmonisierungsmaßnahmen belastet fühlen. Hieraus ergibt sich die große Verantwortung, die dem Bürger mit der Nutzung der freien Zeit auferlegt ist.

Europäische Zentrals für Freizeitfragen

Diese Probleme zu analysieren ist Aufgabe des Europäischen Kongresses für Freizeitfragen. Es ist deswegen eine gute Absicht, daß in Straßburg eine europäische Zentrale gegründet werden soll, die sich auf wissenschaftlicher Grundlage mit diesen Fragen beschäftigen soll. Ein deutsches nationales Komitee für Freizeitfragen befindet sich in Vorbereitung. Auf die Bildung dieses Komitees wird von hessischer Seite starker Einfluß genommen. An dieser Arbeit wirken Frau Stadträtin Dr. Boss, Frankfurt, und auch der Verfasser dieses Berichtes mit.

Der Kongreß in Straßburg darf aber seine Ziele nicht zu weit stecken. Er kann nicht auf den einzelnen europäischen Bürger unmittelbar Einfluß nehmen. Seine Hauptaufgabe muß es sein, Material zu sammeln und Erfahrungen zwischen den europäischen Ländern bei der Planung und dem Bau von Freizeitätäten zu vermitteln. ~~Es ist die Aufgabe der europäischen Zentrale~~